Übersicht über die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung

Datum: 29.06.2022

1 Gesamteinnahmen

Die Einnahmenschätzungen beruhen auf den Konjunkturprognosen der Expertengruppe des Bundes vom 15. Juni 2022 sowie auf den in den ersten Monaten des Jahres verzeichneten Eingängen.

Für 2022 wird nach den jüngsten Schätzungen von Juni 2022 mit Gesamteinnahmen von 79,6 Milliarden gerechnet, d. h. 3,6 Milliarden mehr (+4,7 %) als im Jahr 2021. Der Anstieg ist in erster Linie auf die voraussichtlich höheren Einnahmen aus der Verrechnungssteuer und der Mehrwertsteuer (+1,6 Mrd. bzw. +1,1 Mrd. gegenüber 2021) zurückzuführen.

Im Voranschlag 2023 dürften sich die Gesamteinnahmen auf 81,3 Milliarden belaufen und damit um 1,7 Milliarden bzw. 2,1 Prozent höher ausfallen als in der Schätzung für 2022. Der Zuwachs geht im Wesentlichen auf die Mehrwertsteuer und die direkte Bundessteuer (je +0,8 Mrd.) sowie auf die nichtfiskalischen Einnahmen (+0,5 Mrd.) zurück.

Tabelle 1: Entwicklung der Einnahmen

	Rechnung	Voranschlag	Schätzung	Voranschlag	WR	WR
Mrd. CHF	2021	2022	2022	2023	S22-VA23	VA22-VA23
Gesamteinnahmen	76.1	78.6	79.6	81.3	2.1%	3.4%
Laufende Einnahmen	75.3	77.9	78.8	80.3	1.8%	3.0%
Fiskaleinnahmen	70.4	73.1	74.0	74.9	1.3%	2.5%
Gewinnsteuer DBST	12.7	13.7	13.5	13.8	2.5%	0.8%
Einkommenssteuer DBST	12.7	12.5	12.9	13.3	3.2%	6.2%
Verrechnungssteuer	4.9	7.1	6.5	6.7	2.0%	-5.9%
Stempelabgaben	2.6	2.1	2.4	2.4	-0.8%	13.3%
Mehrwertsteuer	23.6	23.5	24.6	25.4	3.2%	8.1%
Übrige Verbrauchssteuern	8.5	8.4	8.3	8.1	-3.3%	-3.9%
Verschiedene Fiskaleinnahmen	5.4	5.8	5.7	5.3	-7.5%	-8.0%
Nichtfiskalische Einnahmen*	4.9	4.9	4.9	5.3	10.0%	9.6%
Investitionseinnahmen*	0.9	0.8	0.8	1.0	28.3%	28.3%

WR: Wachstumsrate

Gewinnsteuer DBST. Die Einnahmen aus der Gewinnsteuer dürften 2022 um 6 Prozent über dem Vorjahreswert liegen. Die Eingänge aus dem Hauptsteuerjahr (2021) verzeichnen einen Zuwachs (+13 %), ebenso wie die Vorauszahlungen, die nach zwei Jahren rückläufiger Entwicklung wieder steigen und sich im Vergleich zu 2021 verdoppeln dürften. Für das Budgetjahr 2023 wird mit 2,5 Prozent höheren Einnahmen gerechnet. Nach dem für dieses Jahr zu erwartenden markanten Anstieg der Eingänge sollte sich die Entwicklung 2023 etwas stabilisieren und dem mittleren Wachstum des nominalen BIP annähern.

Einkommenssteuern DBST. Die Einnahmen aus der Einkommenssteuer dürften 2022 um 1,7 Prozent steigen. Dieses – insbesondere in Anbetracht der Steuerprogression – relativ schwache Wachstum ist Zeichen einer Normalisierung nach dem kräftigen Anstieg der Einnahmen im Vorjahr. Den Schätzungen zufolge dürften die Haushaltseinkommen im

^{*} inklusiv ausserordentliche Einnahmen

Steuerjahr 2022 moderater steigen. Der von der Inflation zu erwartende Aufwärtsdruck auf die Löhne dürfte erst im Steuerjahr 2023 zur Geltung kommen. Gerechnet wird mit einem Lohnanstieg von 3,5 Prozent.

Verrechnungssteuer. 2021 gingen die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer erneut zurück. Mit 4,9 Milliarden fielen sie das zweite Jahr in Folge deutlich niedriger aus als in den Jahren 2017–2019, wo sie jeweils rund 8 Milliarden betrugen. Für 2022 und 2023 gehen die Schätzungen von Einnahmen von 6,5 bzw. 6,7 Milliarden aus. Die bei einer Rückkehr der Zinsen in den positiven Bereich zu erwartenden höheren Rückforderungen sollten keine Auswirkungen auf die Einnahmen haben, da sie mit Rückstellungen aus den Vorjahren ausgeglichen werden können. Die Verrechnungssteuerreform wird ab 2023 berücksichtigt.

Stempelabgaben. Im Jahr 2021 wurden rekordhohe Einnahmen aus den Stempelabgaben von 2,6 Milliarden erzielt. Für 2022 und 2023 gehen die Schätzungen, die sich auf einen 5-Jahres-Durchschnitt für die Umsatzabgabe und die Emissionsabgabe stützen, von Einnahmen in Höhe von 2,4 Milliarden aus.

Mehrwertsteuer. Die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer entwickeln sich in der Regel im Einklang mit dem nominalen BIP. 2022 dürften sie sich auf 24,6 Milliarden belaufen und damit 4,5 Prozent höher ausfallen als 2021. Der Anstieg liegt etwas unter dem voraussichtlichen Wachstum des nominalen BIP (5,1 %), was auf einige Korrekturen an der Vergleichsbasis von 2021 (Debitorenverluste und Vorsteuer) zurückzuführen ist. Für 2023 wird damit gerechnet, dass die Einnahmen parallel zur Wirtschaft, d. h. um 3,2 Prozent wachsen.

Nichtfiskalische Einnahmen. Die nichtfiskalischen Einnahmen dürften 2023 aufgrund von Rückerstattungen in Zusammenhang mit COVID-Tests (180 Mio.) und Sanitätsmaterial (150 Mio.) um 0,5 Milliarden steigen.

Investitionseinnahmen. Die Investitionseinnahmen werden 2023 infolge einer ausserordentlichen Dividendenausschüttung der RUAG um 0,2 Milliarden zunehmen. Die Ausschüttung wird als ausserordentliche Einnahme verbucht.

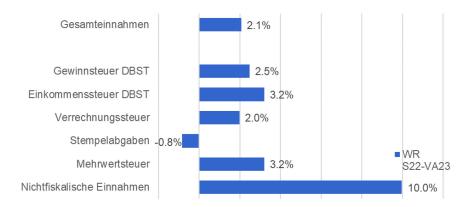


Abbildung 1: Veränderung der Einnahmen VA 2023 ggü. Schätzungen 2022

2 Gesamtausgaben

Die Gesamtausgaben liegen im Voranschlag 2023 bei 82,2 Milliarden. Rund 2,1 Milliarden Mehrausgaben sind im Migrationsbereich infolge des Ukraine-Krieges budgetiert. Die Bewältigung der Coronapandemie erforderte im Voranschlag 2022 noch ausserordentliche Budgetkredite von 2,8 Milliarden; 2023 sind die verbleibenden Ausgaben für die Pandemiebewältigung ordentlich budgetiert. Die Globalpauschalen für Personen im Schutzstatus S (Flüchtlinge aus der Ukraine) werden im Voranschlag 2023 als ausserordentliche Ausgabe beantragt, weil sie auf eine vom Bund nicht steuerbare Entwicklung zurückzuführen sind und nicht im ordentlichen Haushalt aufgefangen werden können. Das um die ausserordentlichen Ausgaben bereinigte Wachstum im Vergleich zum Voranschlag 2022 beträgt 3,4 Prozent (+2,7 Mrd.).

Tabelle 2: Entwicklung der Gesamtausgaben nach Aufgabengebieten

	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	WR
Mrd. CHF	2021	2022*	2023	22-23
Gesamtausgaben nach Aufgabengebieten	87,8	80,6	82,2	1,9%
davon ausserordentliche Ausgaben	13,4	2,8	1,7	
Bez. zum Ausland - Int. Zusammenarbeit	3,8	3,7	3,8	4,0%
Sicherheit	6,0	6,4	6,8	5,9%
Bildung und Forschung	7,6	8,5	8,6	1,9%
Soziale Wohlfahrt	30,2	25,0	27,7	11,1%
Verkehr	10,8	10,9	10,6	-2,2%
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	3,7	3,7	0,9%
Finanzen und Steuern	10,9	11,4	12,1	6,1%
Übrige Aufgabengebiete	15,0	11,1	8,7	-21,5%

WR: Wachstumsrate

- Die Ausgaben für die Beziehungen zum Ausland steigen gegenüber dem Vorjahr um 4,0 Prozent; es nehmen sowohl die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit als auch das Darlehen an die Immobilienstiftung FIPOI zu.
- Das Ausgabenwachstum bei der Sicherheit (5,9 %) ist insbesondere auf die vom Parlament beschlossene Mittelaufstockung bei der Armee zurückzuführen (Mo. SIK 22.3367/22.3374 Schrittweise Erhöhung der Armeeausgaben). Die Motionen verlangen, dass die Armeeausgaben bis 2030 ein Prozent des BIP betragen (9,4 Mrd.). Um das geforderte Niveau zu erreichen, werden die Armeeausgaben in den kommenden Jahren durchschnittlich um 8 Prozent pro Jahr ansteigen müssen.
- Im Aufgabengebiet Bildung und Forschung (+1,9 %) wachsen in erster Linie die Bundesbeiträge an den ETH-Bereich, an die Institutionen der Forschungsförderung (u.a. Schweizerischer Nationalfonds), die Beiträge an die Universitäten und Fachhochschulen nach HFKG sowie die Beiträge nach dem Weiterbildungsgesetz. Eine Assoziierung an Horizon Europe scheint frühestens per Mitte 2023 realistisch, weshalb lediglich die Hälfte des mutmasslichen Pflichtbeitrags an die EU budgetiert wird. Um die Zeit bis zur angestrebten Vollassoziierung an Horizon Europe zu überbrücken, werden Übergangsmassnahmen umgesetzt. Im Voranschlag 2023 sind dafür 325 Millionen vorgesehen.
- Der Bereich der Sozialen Wohlfahrt wächst um 11,1 Prozent (+2,8 Mrd.), davon fallen 2,1 Milliarden Mehrausgaben im Migrationsbereich infolge des Ukraine-Krieges an. Unter Ausklammerung der ausserordentlichen Ausgaben (Globalpauschalen Schutzstatus S VA23 1,7 Mrd.; Corona-Erwerbsersatz VA22 0,5 Mrd.) beträgt das Wachstum 6,3 Prozent. Insbesondere die Leistungen des Bundes an die Altersversicherung (+324 Mio.) und an die Invalidenversicherung (+348 Mio.) nehmen zu. Zudem profitiert

- die AHV im Umfang eines Prozentes von der positiven Entwicklung der Mehrwertsteuer (+249 Mio.).
- Die Ausgaben für den Verkehr nehmen um 2,2 Prozent ab. Einerseits steigt die Einlage in den Bahninfrastrukturfonds BIF (+330 Mio.). Andererseits sinkt die Einlage in den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds NAF um rund 260 Millionen infolge tieferer Einnahmen (u. a. Mineralölsteuer). Zudem fällt im Vergleich zum Voranschlag 2022 die Corona-Unterstützung an die Skyguide (-100 Mio.) sowie an den öffentlichen Verkehr (-215 Mio.) weg.
- Die Ausgaben für Landwirtschaft und Ernährung nehmen aufgrund eines Sondereffektes leicht zu (+0,9 %). Mit der Revision des Gesetzes über Familienzulagen in der Landwirtschaft soll der Fonds «Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern» aufgelöst und dessen Kapital von 32,3 Millionen an die Kantone ausbezahlt werden.
- Beim Aufgabengebiet Finanzen und Steuern (+6,1 %) nehmen die Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen zu (+371 Mio.), dies aufgrund der positiven Entwicklung der direkten Bundessteuer (+188 Mio.). Gleichzeitig sinken die Kantonsanteile an der Verrechnungssteuer (-43 Mio.) Hinzu kommt die Umstellung auf das Forderungsprinzip bei der Direkten Bundessteuer, welche sowohl zu einer Erhöhung der budgetierten Ausgaben (Debitorenverluste & Vergütungszinsen; +205 Mio.) als auch der budgetierten Einnahmen führt. Für die Zinsausgaben des Bundes (+165 Mio.) sowie für den Finanzausgleich (+164 Mio.) werden ebenfalls mehr Mittel als im Vorjahr budgetiert.
- Der Rückgang bei den übrigen Aufgabengebieten (-21,5%) ist hauptsächlich auf das Auslaufen der Massnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie zurückzuführen. Im Voranschlag 2023 sind für die Testkosten noch 180 Millionen budgetiert (gegenfinanziert durch die Kantone; -1,4 Mrd. ggü. VA22) sowie 230 Millionen für die Beschaffung von Impfstoffen (-320 Mio.). Des Weiteren fallen die Corona-Unterstützungsleistungen in den Bereichen Kultur und Sport im Jahr 2023 ganz weg (-230 Mio.).



ohne ausserordentliche Ausgaben

■ Wachstumsrate

Abbildung 2: Veränderung der Ausgaben nach Aufgabengebieten (Delta in % VA2023/VA2022)